V3-Beschluss Für mehr und sicheren Radverkehr

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 24.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

Das Fahrrad wird im Leben vieler Menschen immer wichtiger. Diesen Trend begrüßen wir, denn das Fahrrad löst viele Probleme, die wir heute in den urbanen Räumen haben: es nutzt den vorhandenen Platz deutlich effizienter als Kraftfahrzeuge und ist – insbesondere im Berufsverkehr – oftmals schneller als Autos. Hinzu kommt die zusätzlich Bewegung, die sich positiv auf die Gesundheit und Lebensqualität von Radfahrer*innen auswirkt. Die Elektrifizierung von Fahrradantrieben unterstützt dabei die Nutzung von Fahrrädern im Alltag und senkt die Barrieren zur Nutzung diese Verkehrsmittels.

Der Regionalverband Ruhr hat mit den Kommunen des Ruhrgebiets und der Unterstützung der damaligen rot-grünen Landesregierung mit dem Radschnellweg Ruhr ein wegweisendes Leuchtturmprojekt für mehr Radverkehr auf den Weg gebracht. Allerdings verschlafen viele Kommunen, wie auch die aktuelle Landesregierung die Entwicklung hin zu nachhaltiger individueller Mobilität. Für uns ist klar: das Rad ist ein wichtiger Baustein der Mobilität von morgen. Deswegen wollen wir aus NRW ein Fahrradland machen.

Sicher zügig radfahren – das Auto als Hauptverkehrsmittel in der Stadt ablösen!

Die steigenden Zahlen der im Straßenverkehr verletzten und getöten Radfahrer*innen sind alarmierend. Darauf mit Forderungen nach einer Helmpflicht zu reagieren, ist für uns der grundlegend falsche Ansatz. Stattdessen brauchen wir eine sichere Infrastruktur für den Radverkehr, denn so können wir mehr Menschen dazu bewegen Rad zu fahren und das Auto stehen zu lassen. Zu einer sicheren Infrastruktur gehören für uns von Fußgänger*innen und Kfz-Verkehr abgegrenzte breite Radwege, die dennoch eine gute Sichtbeziehung zum Kfz-Verkehr zulassen. Auch ein ausreichender Abstand von Parkplätzen zu Radwegen sollte kein Bonus, sondern selbstverständlich sein. Die Radwegbreite muss dabei die Entwicklung von Lastenfahrrädern berücksichtigen.

Dort wo vermeintlich kein Platz für ausreichend Radwege ist, ist eigentlich zu wenig Platz für Autos. Wir wollen daher unseren öffentlichen Stadtraum so neu zuschneiden, dass sichere Radwege für Radfahrer*innen garantiert sind. Autofreie Straßen können eine geeignete Maßnahme sein, um dies zu verwirklichen. Beim

Neuzuschnitt des Straßenraums soll für den Verkehr nicht zwingend benötigter Raum durch Grünflächen ersetzt werden.

Radfahrer*innen halten an Stoppschilder selten komplett an. Dies entspricht nämlich nicht dem natürlichen Fahrverhalten mit dem Rad. Durch die Einführung einer "Stop-as-yield"-Regelung für Radfahrende wollen wir eine sinnvolle Einhaltung der Verkehrsregeln möglich machen. Das Hauptaugenmerk fällt wieder auf das Wesentliche, nämlich auf das Beachten und Vorlassens des kreuzenden Verkehrs. Diese Regelung erlaubt Fahrradfahrer*innen nämlich das Stoppschild wie ein "Vorfahrt gewähren!"-Schild zu behandeln. Dadurch wird eine geläufiges Verhalten entkriminalisiert und Verkehrsfluß sowie Geschwindigkeit von Radfahrer*innen verbessert.

Bis die sichere Infrastruktur Realität ist, wird es leider noch etwas dauern, wir wollen daher auch mit kurzfristigen Maßnahmen die Sicherheit von Radfahrenden steigern. Dazu fordern wir einerseits eine Aufklärungs- und Kontrollkampagne zum Thema Überholabstände, die auf Autofahrer*innen abzielt. Die sogenannten „operation close pass“ britischer Polizeibehörden sollte als Vorbild für ähnliche Aktionen in NRW dienen. Auch Vorfahrtsdelikte durch Autofahrer*innen gegenüber Radfahrer*innen müssen stärker kontrolliert werden. Es darf nicht sein, dass im Straßenverkehr weiterhin nur das Recht des Stärkeren gilt. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur Kraftfahrzeuge regelmäßig zum Tüv müssen, sondern auch Autofahrer*innen regelmäßig ihr Wissen über die Straßenverkehrsordnung auffrischen und dies auch bei einem Test nachweisen müssen. Theoretisches Wissen über den Verkehr reicht aber nicht aus. Wir wollen daher, dass Menschen, die ein Kraftfahrzeug fahren wollen, den Verkehr auch als Radfahrer*in erleben. So bauen wir Feindbilder und Missverständnisse ab und gestalten das miteinander im Straßenverkehr sicherer.

Lastenräder für alle

Sicherer Radverkehr ist aber nur ein Teil unseres Konzeptes um die Attraktivität des Fahrrads zu fördern. Wir wollen, dass Menschen kein Auto mehr brauchen. Wir fordern ein Förderprogramm des Landes für freie Lastenräder, die möglichst in jedem Stadtviertel und Ortsteil unbürokratisch verfügbar sein sollten. Parkplätze und Parkhäuser sind in unseren Städten eine raumfressende Selbstverständlichkeit – sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder dagegen Mangelware. Dies wollen wir ändern. Wer ein Rad besitzt muss es ohne Angst vor Diebstahl oder Vandalismus in der Stadt und an Bahnhöfen abstellen können. Die Digitalisierung gibt uns dabei die Möglichkeit ein sicheres Abstellsystem mit relativ geringem Kosten- und Personalbedarf zu realisieren.

FahrradLand nicht nur in den Städten

Das Fahrrad ist für uns nicht nur ein Verkehrsmittel in der Stadt. Auch und gerade in ländlichen Räumen kann das Rad einen wertvollen Beitrag zur

Verkehrswende leisten, sei es als Verkehrsmittel für die Strecke bis zum nächsten Bahnhof, als Lastenrad für Einkäufe, oder für den Ausflug ins Grüne. Daher müssen Radwege auch zwischen den Städten und auf dem Land ausgebaut werden.

Topografisch haben Bahnstrecken und Radwege ähnliche Anforderungen: keine hohen Steigungen und keine unübersichtlich engen Kurven. Wir wollen daher parallel zu den bestehenden und ggf. neuen Bahnstrecken Radwege bauen. Dies schafft zudem einen Schutz von Sturmschäden an Oberleitungen und sorgt im Falle eines Schienenverkehrsunfalls für einen Bergungs- und Rettungsweg. Auch entlang von bestehenden Land- und Bundesstraßen sollten von der Straße abgetrennte Radwege gebaut werden. Wir streben ein Radschnellwege-Netz an, was es den Menschen erlaubt ohne den Autoverkehr kreuzen zu müssen quer durch NRW zu fahren – auch mit internationalen Anbindungen zu unseren Nachbarn in den Niederlanden und in Belgien.

Die Grüne Jugend NRW unterstützt die Initiative Aufbruch Fahrrad in NRW und wirbt dafür das Volksbegehren zu unterschreiben.

Begründung

erfolgt mündliche